

# **Die gesellschaftlichen Produktion von Invalidität**<sup>1</sup>

von Andreas Manz

So wie ein Individuum ein Eigenleben hat, so hat dies auch eine Gesellschaft. Die Prozesse, die in einer Gesellschaft ablaufen, sind durch Entwicklungen und Strukturen bestimmt, die nur teilweise Folge politischer Entscheide sind. Die meisten Prozesse haben Hintergründe, die uns nicht bewusst sind, so wie dies auch beim Individuum der Fall ist.

In diesem Artikel will ich den Folgen des wirtschaftlichen Rationalisierungsdruckes nachgehen und einen Zusammenhang mit der gestiegen Zahl an Invaliden herstellen. Ich will danach der Frage nachgehen, ob unsere Gesellschaft adäquat mit dem Phänomen umgeht und auf einen Verleugnungsmechanismus eingehen, der hierbei zu beobachten ist.<sup>2</sup>

## **1. Problemstellung**

These: Unsere Gesellschaft produziert mit ihrem hohen Rationalisierungsdruck Invalidität.

Die Behauptung erscheint den einen evident, den anderen vollkommen abwegig zu sein. Ich will versuchen, die Behauptung zu begründen.

Seit vielen Jahrzehnten herrscht in der Schweiz beinahe Vollbeschäftigung. Der Mittelstand konnte sich prächtig entwickeln, die Löhne sind hoch, die Preise auch. Die Kaufkraft des Schweizer Frankens ist in der Regel im Ausland günstig. Der starke Franken ist immer wieder ein grosses Problem für unsere Exportwirtschaft, die auf dem Weltmarkt Konkurrenten vorfindet, die zu wesentlich günstigeren Lohnkosten produzieren können. Nach Einführung des Euros hat sich die Situation einerseits verschärft, da der europäische Wirtschaftsraum an Produktivität zulegen konnte und dies zu deutlich billigeren Lohnkosten. Andererseits gibt es auch Entlastungen, steigen doch vor allem in den südlichen Eurostaaten die Löhne überproportional. Dennoch steht die Schweiz als Hochlohnsinsel in Europa und der Welt da. Sie hat nun zwei Möglichkeiten, will sie im internationalen Wettbewerb bestehen: Lohn- und Preissenkung oder Steigerung der Produktivität und Verbesserung der Standortvorteile für multinationale Industrien. Wir wissen, dass sich die Schweiz für den zweiten Weg entschieden hat, ohne Volksabstimmung, ohne, dass es den meisten bewusst ist, was daraus folgt.

Was ist denn die Folge einer Produktivitätssteigerung? Für den Arbeitgeber wird der Druck, der auf ihm lastet, grösser. Seine Arbeitnehmer müssen mehr in weniger Zeit leisten. Ansonsten verliert der

---

<sup>1</sup> Dieser Aufsatz habe ich am 3.Juli 2010 geschrieben. Der Anlass war ein zunehmender Ärger über die Korrumpierung vieler Berufskollegen, die sich mit gutem Geld von einen gesellschaftlichen Verleugungsprozess spannen lassen.

<sup>2</sup> Aus dem Titel ist unschwer die Anlehnung an den Buchtitel des Zürcher Psychoanalytikers Mario Erheim (Die gesellschaftliche Produktion von Unbewusstheit. 1984, Suhrkamp) zu sehen. Sie ist eine ganz bewusste, auch wenn Erheim zu der Thematik der Invalidität nichts ausgesagt hat. Ich will mit der Anlehnung auf den Kern meiner Ansicht verweisen, dass gewisse Prozesse in einer Gesellschaft ethnologisch oder sozialpolitisch angelegt sind, unvermeidbar ablaufen. Mit Unvermeidbarkeit meine ich nicht, dass sie nicht beeinflussbar sind. Die Beeinflussbarkeit setzt aber eine tief greifende Analyse und Bewusstwerdung voraus. Gesellschaftlich immanente Prozesse sind lediglich durch Bewusstheit zu beeinflussen.

Firmeninhaber seine Aufträge und der Arbeiter seine Stelle. Diesem gesteigerten Druck sind nicht alle Menschen gewachsen. Konzentrieren wir uns einmal auf den Arbeitnehmer. Einige werden manifest krank und scheiden aus, andere verlieren ohne Krankheitsmanifestation ihre Arbeit, weil sie den Anforderungen nicht mehr genügen. Menschen um 50 sind davon im Besonderen betroffen, wenn ihre Tatkraft aus biologischen Gründen nachlässt, ihr Ausbildungsstand nicht mehr genügt oder sie persönlich unflexibel und zu alledem noch zu teuer geworden sind. Jugendliche zu Beginn ihrer beruflichen Tätigkeit sind ebenfalls stark davon betroffen. Sie sind noch unfertig und noch nicht richtig leistungsbereit. An vielen braust der Leistungszug vorbei und sie wissen nicht, wie sie auf ihn aufspringen können. Die vielen Brückenangebote, die alleine in der Stadt Basel bestehen, sprechen Bände über diese Problematik.

Die Produktivitätssteigerung ist unvermeidlicherweise mit den beschriebenen Begleiterscheinungen verbunden. Wir müssen nun noch einen Namen finden, für diese Nebenwirkung der gesellschaftlichen Entscheidung, Löhne und Preise durch eine Steigerung der Produktivität hoch halten zu können. Die Betroffenen sind als Arbeitslose, als Kranke, als Invalide und als Sozialhilfeempfänger registriert. Keines der dazu geschaffenen Auffangbecken will diese Menschen aber haben. Wohl verstanden, wir reden von den Menschen, die infolge Produktivitätssteigerung aus dem Arbeitsprozess durch Krankheit, Kündigung oder fehlender Lehrstelle rausgeflogen sind. Wir reden nicht von vorübergehenden Phänomenen, sondern von einer Schwellenproblematik. Die gesellschaftlichen Prozesse sind verbunden mit einem Anheben der Schwelle. Die Zahl der Personen, die unter die Schwelle zu liegen kommen, nimmt zu.

Ich schlage vor, wir nennen diese Personen INVALIDE. Es ist ihnen nicht mehr möglich, die Schwelle in den Arbeitsprozess zu überwinden, nicht, weil sie nicht mehr wollen, sondern weil sie nicht mehr können. Zehn Jahre zuvor ist es noch gegangen. Dann kam die Schwelle immer näher zu ihrem Leistungspotential und plötzlich lagen sie darunter. Pech gehabt. Aber wer hilft? Wer ist dafür zuständig, dass diese Menschen nicht einfach zugrunde gehen? Haben wir den nicht eine Versicherung für diese Menschen, wir Schweizer, die sich doch für alles versichern? Nun staunen wir nicht schlecht: Die Versicherungen wollen nicht zuständig sein, nicht die IV, nicht die Pensionskassen, nicht private Versicherungen. Sie rüsten auf zu einem irrwitzigen Abwehrkampf, geben hunderte von Millionen Franken aus, um diesen schwarzen Peter nicht haben zu müssen. Sie gehen nicht zur Wirtschaft und macht dieser klar, dass die Zunahme der Invaliden Folge der Produktivitätssteigerung ist und also den Produktionskosten dazu gerechnet werden müssen. Sie gehen nicht zur öffentlichen Hand, die die Rahmenbedingungen einer Gesellschaft übergreifend gestalten soll. Sie gehen zur Presse und kreieren das Gespenst des Versicherungsbetrügers. Sie gehen zu den Ärzten und suchen sich die käuflichen unter ihnen aus, die möglichst nichts mit den Betroffenen zu tun haben aber gerne für doppeltes und dreifaches Honorar die Berichte schreiben, die nachweisen, dass der Invalide bei günstigen Verhältnissen arbeiten könne. Das stimmt oft sogar, aber – und hier wird die Geschichte richtig zynisch – das ist ja gerade die Ursache des Problems: die Schwelle zur konkreten Arbeit, die Lohn einbringen würde, ist zu hoch.<sup>3</sup> Die Arbeitsfähigkeit ist eine theoretische geworden, mit der kein Lohn generiert werden kann. Der Lohn haben aber die

---

<sup>3</sup> Zitat aus einem Gutachten ...wechsel..

Gutachter und die Versicherungsjuristen, das neue Heer in den Regional Ärztlichen Diensten der IV, die Case-manager, die von den Versicherungen angestellt werden, deren Leistungspflicht zu begrenzen. Der theoretisch Arbeitsfähige steht in seinem Garten. Dort kann er wenigstens noch etwas tun. Dann wird er gefilmt. Der Film demonstriert, wie arbeitsfähig er sei. Sein Rentenanspruch wird abgelehnt und er steht vielleicht sogar als Versicherungsbetrüger da. Wo aber die Arbeit finden, die er noch machen kann?

Dazu sagte mir Herr Brunner, Geschäftsleitungsmitglied der Helvetia-Patria-Versicherung in Basel und Präsident des Freien Gymnasiums: „Wissen Sie Herr Manz, eine Arbeitsunfähigkeit gibt es eigentlich gar nicht. Betrachten Sie einmal den Bewohner der Slums in Nigeria, der mit einem Stummel und einer Beinprothese und zwei Krücken auf dem Abfallberg nach Essbarem sucht. Auch dieser kann sich noch eigenständig ernähren.“ Herr Brunner ist ein sehr engagierter und offener Mensch. Ich habe mich einen Abend lang blendend mit ihm unterhalten. Der Grad der Unbewusstheit für das Problem, für das u.a. seine Versicherung steht, machte mich sprachlos. Ich hätte vor 10 Jahren es auch nicht für möglich gehalten, wie viele Berufskollegen sich von den Versicherungen kaufen lassen und es nicht geglaubt, dass auch das Bundesgericht die Rahmenbedingungen Jahr für Jahr für die aus dem gesellschaftlichen Rationalisierungsprozess herausgefallenen Menschen verschlechtert.

## **2. Lösungswege**

Nun will ich nicht nur anschwärzen. Ich bin mir sicher, dass den meisten, die hier ein unfeines Spiel mit dem Hilflosen treiben, sich dessen gar nicht bewusst sind. Es sind eben viele Herr Brunners, die aus ihrer engen Optik meinen, es sei ein Verweichlichungsphänomen der Gesellschaft, eine Anspruchsmentalität, ja sogar die reiche Schweiz als Eldorado für eingewanderte Migranten, die die Invalidenzahl in die Höhe schnellen liesse. Diesem Persönlichkeitsproblem haben sie den Kampf angesagt. Sie haben vermutlich nie über die gesellschaftlichen Hintergründe nachgedacht, kennen nur wenige Menschen, die nicht so stark sind wie sie selber. Und kennen sie solche - zum Beispiel ihren eigenen Sohn - so meinen sie zu wissen, dass es eben ein erzieherisches Problem sei und alle Menschen zu starken und leistungsfähigen Bürgern herangezogen werden können. Sie vergessen, dass unabhängig davon, ob sie sogar recht mit ihrer Meinung haben, die Rationalisierungsspirale sich immer weiter drehen wird und die Schwelle irgendwann auch ihren „starken Bürger“ einholen wird, womöglich sogar sie selber. Letztere Gefahr ist nur ein Grund mehr, zum Mittel der Verdrängung zu greifen.

Zum Formulieren von Lösungswegen braucht es eine Diskussion aller daran beteiligten Kräfte unserer Gesellschaft. Ich als Einzelner fühle mich da überfordert, genau zu wissen, wie wir hier weiter kommen. Die Geschichte ist auch ziemlich komplex. Die ausgemusterten Menschen sind nicht glücklich damit, wenn sie einfach zu Invaliden gemacht werden. Noch unglücklicher sind sie, wenn sie als Betrüger dastehen oder kein Geld mehr haben. Wie wir das Problem der Folgen eines Anstiegs der oben beschriebenen Schwelle gesamtgesellschaftlich lösen, weiss ich am Schreibtisch nicht zu beantworten. Als Psychiater weiss ich aber mit Bestimmtheit, dass Verdrängung keine

Lösung ist. Als Bürger weiss ich auch, dass es keine Lösung ist, das Problem bei den Schwachen und Notleidenden zu suchen. Aufgabe des Staates ist es, diese Menschen zu schützen und nicht systematisch zu bedrängen und für Verdrängung und Bedrängung das vorhandene Geld auszugeben.

### **3. Schlussfolgerungen**

Haben wir erkannt, dass die heutige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung unweigerlich mit einer Zunahme von Invalidität zu tun hat, können wir aufhören, diese unschöne Tatsache zu verdrängen. Wir haben akzeptiert, dass unsere gesellschaftliche Entscheidung, mittels Rationalisierung Löhne und Preise hoch zu halten, ihre ernsthafte Konsequenzen hat. Wir können nun darüber nachdenken, was wir zum Abfedern der unvermeidlichen Nebenwirkungen tun können. Bevor wir so weit sind, dass wir alle gemeinsam Lösungen suchen können, müssen wir unsere Rollen noch etwas genauer betrachten. In der im Gang befindlichen Verdrängungsmaschinerie haben sich verschiedene Akteure etabliert. An sie will ich mich nachfolgend in Form von Ermahnungen und Apellen wenden:

#### An die gutachterlich tätigen Ärzte

Beginnen wir doch mit den Ermahnungen bei uns selber: wir müssen aufhören, als willige Handlanger des gesellschaftlichen Verdrängungsprozesses tätig zu sein. Wir sind in einer vereideten Profession tätig. Auch wenn wir heute keinen hipokratischen Eid mehr schwören müssen, gilt der moralische Massstab unvermindert. Wir sind zur Hilfe verpflichtet und diese setzt Objektivität voraus. Wir dürfen nicht den Mächtigen dienen, auch wenn sie uns dafür fürstlich entlohnen. Also hört auf mit der pauschalen Verrechnung der Polidisziplinären Gutachten. 9'000 Franken für ein solches zu kassieren, macht höchst verdächtig. Drei Ärzte sehen den Exploranden in der Regel für je eine Stunde, der jeweilige Teil-Bericht erfordert weitere 2 Stunden. Jemand muss die oft umfangreiche Krankengeschichte zusammenfassen, was im Durchschnitt auch 6 Stunden erfordert. Am Schluss braucht es eine interdisziplinäre Besprechung von 2 Mannstunden und auch die will zu Papier diktiert sein. Es entstehen Sekretariatskosten. Das Gutachten ist also sicherlich mit durchschnittlich umgerechnet 20 Facharbeitsstunden zu veranschlagen. Das macht pro Arbeitsstunde 450 Franken. Ich weiss, viele andere Berufsgattungen haben noch höhere Stundenansätze. Aber dennoch: wir müssen uns über den Verdacht der Käuflichkeit erheben können. Das ist mit gut den doppelten Honorar als üblich aber nicht mehr möglich. Also bleiben wir doch beim Honorar von 200 Franken pro Stunde, die der Tramed für ärztliche Tätigkeit vorsieht, und verrechnen wir die Zeit, die wir tatsächlich aufgewendet haben.

Wir Ärzte sind in erster Linie aufgerufen, dem Menschen in Not zu helfen. Wir sollten doppelt vorsichtig sein, wenn wir Menschen in Not begutachten und ein Urteil über sie fällen, das sie noch mehr in Not stürzen könnte. Haben wir alles intensiv und detailliert abgeklärt? Genügt tatsächlich ein einziges Gespräch mit dem Notleidenden, um ihn erfassen zu können? Benötigen wir nicht doch das Gespräch mit dem behandelnden Kollegen, um dessen langjährige Erfahrung mit dem Explodierenden in unsere Urteil ein zu beziehen? Ich hatte leider noch gar nie einen Anruf eines Gutachters erlebt. Offenbar haben diese keine Fragen an mich, auch wenn ich den Patienten schon 100 Stunden gesehen habe und er nur eine.

Dann ist die ominöse Spezialisierung zum neuen Fach der „Versicherungsmedizin“ zu hinterfragen: Stimmt es nicht verdächtig, wenn die gutachterlich tätigen Kollegen sich in eine neue Disziplin abschotten, deren Sprache und Überlegungen nur noch Eingeweihte verstehen? Auch wenn wir Menschen begutachten, bleiben wir doch ordinäre Fachärzte mit der Aufgabe - ich sage es immer wieder – dem Notleidenden zu helfen. Die neue Disziplin befreit uns nicht davon. Wenn Juristen manchmal Mühe haben, uns zu verstehen, so lasst uns doch diese Schwierigkeit etwas aushalten. Wir haben nicht das selbe Ziel im Auge. Wir sollen keine willigen Helfer der Gerichte werden. Wir sind Ärzte und haben unsere eigene Optik und unsere eigene Pflicht. Es ist doch nichts damit geholfen, wenn wir die Sprachschwierigkeiten zu den behandelnden Kollegen unüberwindlich machen, die nicht wissen, dass sie in ihren Berichten plötzlich die falschen Diagnosen gewählt haben, weil die Versicherungsmediziner mit den Gerichten beschlossen haben, dass zuerst die Sucht, dann die somatoforme Schmerzstörung, dann das Schleudertrauma, dann die Fibromyalgie, dann..... Krankheiten seien, die keine Invalidität begründen würden.

Dann gibt es noch eine andere Schwierigkeit: in der alltäglichen Praxis leben wir mit der Tatsache, dass wir viele Beschwerden und Krankheiten unserer Patienten nicht erklären können. Wir tun zwar oft so, als gäbe es gegen alles ein Mittel und verschreiben manchmal auch Medikamente dem Patienten, obwohl wir wissen, dass sie ihm nicht helfen werden und hoffen, die Zeit werde helfen. Das tut sie ja meistens auch. Nun – als Gutachter verleugnen wir plötzlich die Tatsache, dass wir nicht alles erklären können. Wissen wir nicht ganz genau, warum der Mensch so leidet, dass er nicht mehr arbeiten kann, behaupten wir plötzlich, es gäbe keinen hinreichenden Grund zur Invalidität und befinden, der Patient könne arbeiten, wenn er nur wolle. Wir huldigen nun einer Medizin, die alles erklären kann, was pathologisch sei. Das ist zwar nicht wahr, aber wir tun es dennoch. Wir wissen aus der alltäglichen Praxis, dass Röntgenbilder und andere „objektivierbare“ Verfahren nur ein Hilfsmittel in der Diagnostik sind, auch in der heute so hoch-technischen Welt. Geht es aber ums Gutachten, lassen wir plötzlich nur noch das gelten, was man darstellen oder messen kann. Wie kommt es, dass wir so weit von unseren Alltagserfahrungen abrücken, wenn Versicherungsfragen mit im Spiel sind, wenn es darum geht, einem leidenden Menschen seinen Rentenanspruch zu verweigern?

### An die Versicherungen

Wir Schweizer sind Weltmeister, wenn es darum geht, uns zu versichern. Wer es sich leisten kann, versichert sich für allen möglichen Unbill. Viele Versicherungen sind uns sogar vorgeschrieben. Hinter dieser Mentalität steht der Gedanke, dass wir lieber in Zeiten Prämien bezahlen, in denen es uns gut geht. Wenn wir einmal Pech haben oder krank sind, so reicht es, wenn wir uns mit dem Unglück auseinandersetzen müssen. Wir wollen dann nicht auch noch Geldsorgen haben. So funktioniert des Schweizer Versicherungsmentalität. Damit machen die Versicherung reichlich Geschäfte. Mit dieser Absicherung der Notlage werden auch viele Menschen zum Abschluss einer Versicherung motiviert, die Werbung der Branche ist weitgehend auf dieser Logik aufgebaut.

Nun möchte ich die Versicherungen ermahnen, nicht alles Vertrauen, das der Versicherungsnehmer in sie setzt und wofür er viel Geld ausgibt, zu verspielen. Es kann nicht gut gehen, wenn die Menschen in Not, die nun damit rechnen, von ihrer Versicherung unterstützt zu werden, von diesen zu potentiellen Betrüger gestempelt werden und zu Opfern einer Branche werden, die lieber Geld in

Prozesse als in eine kulaten Opferunterstützung investiert. Heute sind die Opfer der hinterlistigen Versicherungspraxis, möglichst jede Schadenspflicht anzuzweifeln, noch nicht so zahlreich, dass jeder Bürger ein solches Opfer kennt. Es ist bisher ein trauriges Vorrecht von gewissen Fachleuten, diesen Erlebnisvorsprung zu haben. Das wird sich aber mit zunehmender Zeit ändern und mit den Jahrzehnten wissen dann alle Menschen, dass man möglichst nichts mit einer Versicherung zu tun kriegen sollte, weil es einem dann noch schlechter als ohnehin gehen wird. Wieso sich dann noch versichern, wenn die Versicherung eh nicht hilft und einem nur noch weiteren Schaden zufügt? Geht es so weiter wie in den letzten Jahren, so verspielt die Versicherungsbranche das ganze Vertrauen, das die Schweizer Bevölkerung noch immer in sie hat. Der Satz, dass mit der Hatz auf angebliche Versichtungs betrüger die Rechtschaffenen geschützt werden sollen, wird bei denen, die erleben, wie die Branche mit dem Generalverdacht umgeht, hinter jedem Invaliden einen Betrüger zu suchen, nicht mehr verfangen. Das oben erwähnte Geschäftsleitungsmitglied Brunner machte mich an jenem Abend darauf aufmerksam, dass eine Versicherung eine Industrie sei wie jede andere, die vor allem Geld verdienen wolle. Auch ich würde in dieser Formel leben. Von dem Tag an, wo die Patienten im Arzt denjenigen sehen, der mit ihrer Krankheit Geld verdienen will, ist es aus mit dem Vertrauen. Gleiches gilt für die Versicherungsbranche. Wir beide arbeiten in einer Branche, wo das verdienbare Geld in den engen Grenzen der geleisteten Arbeit liegen muss. Das gönnen uns unsere Patienten, dies auch der Versicherungsbranche. Mehr geht nicht, ohne dass längerfristig die Arbeitsgrundlage, das Vertrauen, zerstört würde.<sup>4</sup>

### An die Gerichte

Bitte hört mit dem Unsinn auf, dass

- Versicherungsverfahren immer Aktenverfahren zu sein haben. Es ist auch in diesem Bereich manchmal sehr hilfreich, den zu beurteilenden Patienten zu sehen und ihn direkt zu befragen. In vielen Fällen bin ich überzeugt, Sie als Richter würden rasch Spreu vom Weizen scheiden können. Dem behinderten Patienten würde manch Leid erspart, in das ihn die übermächtigen reichen Versicherungskonzerne treiben.
- Eine kryptische Sprache sich in der Versicherungsmedizin entwickelt, die sich von der „normalen“ Medizin (was ist das?) immer mehr abkoppelt.
- Den behandelnden Ärzten Objektivität fehle und sie als Parteimeinung aus dem Recht zu weisen seien. Der Arztberuf erfordert Objektivität gegenüber dem Leiden des Patienten, sonst kann er nicht ausgeübt werden. Wir sind es gewohnt, den Spagat zwischen objektivem Befund und subjektivem Einfühlen zu vollziehen. Parteilichkeit stellt eine Problemlogik der Juristen dar, weil das juristische Verfahren in ein Aufspalten zweier Parteimeinungen, die miteinander ringen und einem Gericht, das dazwischen urteilt, aufgeteilt ist. Das hat Vor- und Nachteile. Es ist aber nicht die Arbeitsmethodik der Ärzte. Macht also bitte nicht Euer Problem zu unserem und macht es Euch bitte auch nicht so einfach, indem ihr den behandelnden Arzt die Objektivität einfach abspricht. Er hat i der Regel die meiste Kenntnis von Patient und Fall. Auf dieses Wissen kann weder Gutachter noch Gericht verzichten, wollen sie selber objektiv und seriös urteilen.

---

<sup>4</sup> Ich glaube persönlich, dass es nachhaltig auch in anderen Branchen grossen Schaden anrichten wird, wenn Löhne losgelöst vom Quantum der geleisteten Arbeit bezahlt werden. Auch die leben letztendlich vom Vertrauen. Im Bankenwesen oder der Pharmaindustrie bin ich aber kein Experte, um das wirklich beurteilen zu können.

Bleibt im Zweifelsfalle Anwalt des Schwächeren und unterbindet, dass starke Versicherungen dem einzelnen Invaliden alles zumuten dürfen, nur um angeblich ihre Leistungspflicht zu überprüfen. Dies sei vor allem an die Adresse des Bundesgerichts gesagt, denn die Kantonsgerichte spüren den Druck der Versicherungskonzerne genau so.<sup>5</sup>

Lasst Euch nicht zu Handlangern einer kurzsichtigen Politik machen, die bei den Invaliden sparen will. Nicht die Starken brauchen den Schutz des Staats. Es sind die Schwachen, die des Schutzes bedürfen. Es ist weniger schlimm, wenn einmal eine reiche Versicherung eine Rente bezahlen muss, die ungerechtfertigt ist, als wenn zehn Versicherte geplagt werden, weil deren Anspruch über alle Massen in Zweifel gezogen wird. Hier ist eine klare Staatsphilosophie von den höchsten Gerichten gefordert, die urteilt und sich nicht in wortreiche Verfahren der Mächtigen einbinden lässt. An die Gerichte seien auch die Überlegungen zum Verhältnis von Rationalisierungsdruck und Invalidität gerichtet. Bitte helft mit, aufzuklären und macht Euch nicht zum Handlanger der gesellschaftlichen Verdrängung. Auch wenn seit der Aufrüstung der Abwehrbollwerke die Invalidenzahlen kurzfristig rückläufig sind, heisst das noch lange nicht, dass zuvor zu viele berentet worden sind. Es ist vermutlich mehr Unrecht gesprochen worden. Das muss die Gerichte interessieren.

#### **4. Geld oder Moral?**

Zum Schluss will ich mich noch der Frage stellen, ob das Geld fehle, um den Invaliden besser helfen zu können. Zum einen ist das eine Frage der Moral, ob wir bei den Schwachen sparen dürfen. Aber zum anderen ist es auch eine finanzpolitische. Der moralische Aspekt ist so klar, dass ich dazu nichts zu sagen brauche. So bleibt der finanzpolitische Aspekt:

Wir geben sehr viel Geld für die Verleugnung aus. Im damit verbundenen Kampf gab es in den letzten zehn Jahren ein riesiges und sehr teures Wettrüsten. Ist dieses Geld sinnvoll eingesetzt? Allein die Invalidenversicherung hat von 2007 auf 2009 ihre Ausgaben für die Administration um einige hundert Millionen hochgefahren<sup>6</sup>. Auch die privaten Versicherungen haben ihre Rechtsdienste massiv aufgestockt. Sie haben Weisungen erlassen, dass die Sachbearbeiter kaum mehr Kompetenzen haben und auch bereits relativ banale Fälle durch die Rechtsabteilung geschleust werden. Um wie viele hunderte Millionen diese Aufrüstung kostet, weiss ich nicht. Ein Teil der Invaliden versuchen sich zu wehren. Sie lassen sich durch Versicherungsanwälte vertreten. Wenn sie Glück haben, besitzen sie eine Rechtsschutzversicherung, die das bezahlt. Die meisten

---

<sup>5</sup> Da gibt es noch so etwas, was mich stört: Die Entschädigungspraxis des Bundesgerichts. Ich erlebte neulich folgenden Fall: Ein Mann wurde durch einen Zusammenbruch seiner Persönlichkeit invalide. Die Invalidenversicherung sprach relativ rasch diesem Mann eine volle Rente zu, weil das Krankheitsbild so eindeutig war. Dies hinderte aber die Pensionskasse nicht daran, ihre Leistungspflicht durch alle Instanzen zu bestreiten, verlor in jeder Instanz, wie nicht anders zu erwarten war, denn der Fall war wirklich sachlich eindeutig. Das führte dazu, dass der Mann, da er ja nur die staatliche IV-Rente erhielt, von der Sozialhilfe unterstützt werden musste, mit all den damit verbundenen Konsequenzen (zB. Umzug in eine billigere Wohnung). Der Instanzenweg dauerte fast drei Jahre und bot keine gute Grundlage, um zu genesen oder sich mit der Invalidität irgendwie abzufinden. Am Ende musste der Mann seinem Anwalt noch 6'000 Franken Honorar dazu zahlen, weil die bewilligte Anwaltsentschädigung, für die die klagende Pensionskassen wurde, die tatsächlichen Kosten nicht deckte. Ich liess mir sagen, dass das fast immer so sei, weil das Bundesgericht in der rage der Anwaltsentschädigung sehr zurückhaltend sei. Für die reiche Versicherungsbranche lohnt es sich förmlich, ihre finanzielle Überlegenheit auszunutzen, denn sie kann damit rechnen, dass auch in aussichtslosen Fällen vielen Invaliden finanziell oder kräftemässig schlicht die Puste ausgeht. Das ist unfair und nicht im Sinne der Verfassung.

<sup>6</sup> Hier die genaue Zahl einfügen, ..... Quelle BSV

müssen irgendwo das Geld zusammenkratzen, viele können es sich gar nicht leisten und finden keinen Weg. Gerichte, Guchmacher, das Herumschieben der Abgewiesenen zwischen IV, Arbeitslosenkasse und Sozialhilfe kostet ebenfalls viel Geld. Ich bin mir sicher, dass der irrwitzige Abwehrkampf, den wir uns gegenwärtig leisten, uns jährlich sehr viel Geld weit über der Milliardengrenze kostet. Dieses Geld können wir sinnvoller einsetzen, zur Lösung des Problems verwenden. Das wird aber vermutlich nicht reichen. Wie die Zusatzkosten für die Invalidität (so wie ich sie oben benannt und damit definiert habe) zu verteilen sind, kann ich nicht selber entscheiden. Das ist das Ergebnis eines gesellschaftlichen und politischen Prozesses. Verdrängen ist aber eine schlechte und langfristig sehr teure Lösung..